



PRESSEMITTEILUNG

Nr.362/GP

30.11.2022

Holetschek hat bayerische Pharma-Task-Force gegen Lieferengpässe bei Arzneimitteln eingerichtet - Bayerns Gesundheitsminister kritisiert bisherige Untätigkeit der Bundesregierung

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek hat jetzt eine Pharma-Task-Force gegen Lieferengpässe bei Arzneimitteln eingerichtet. Das teilte der Minister am Mittwoch in Dachau bei München mit. Bei der Task-Force wirken der Bayerische Apothekerverband sowie Verbände und Firmen der pharmazeutischen Industrie, Pharmagroßhändler und Krankenkassen mit.

Holetschek betonte: „Mit dem Einsetzen der bayerischen Pharma-Task-Force greifen wir in Bayern die Problematik der zunehmenden Lieferengpässe bei Arzneimitteln auf. Klar ist: Wir müssen die Arzneimittelversorgung rasch sichern und stärken, denn schon jetzt sind Engpässe bei rund 300 Arzneimitteln spürbar.“

Der Minister fügte anlässlich eines Besuchs einer Apotheke in Dachau hinzu: „Am gestrigen Dienstag habe ich mich mit den maßgeblich an Herstellung und Vertrieb von Arzneimitteln Beteiligten sowie mit Vertretern der gesetzlichen Krankenkassen über die sich immer weiter zuspitzende Problematik ausgetauscht. Wir waren uns einig: Die Lieferengpässe sind nicht hinnehmbar! Die Bundesregierung ist aufgefordert, das Thema rasch anzugehen und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.“

Dr. Hans-Peter Hubmann, Vorsitzender des Bayerischen Apothekerverbandes e. V. (BAV), sagte: „Im Durchschnitt wenden Apothekenteams über fünf Stunden pro Woche für das Management von Arzneimittellieferengpässen auf. Lieferengpässe gibt es immer wieder mal, weil ein Produzent ausfällt, aber die Menge und die Länge der Ausfälle ist in den letzten Jahren deutlich dramatischer geworden. So haben viele Anbieter die Produktion von Fiebersaft eingestellt, weil die Herstellung aufgrund des Preisdrucks nicht mehr wirtschaftlich gewesen ist. Gerade bei der Versorgung von Kindern ist das ein unhaltbarer Zustand. Auch Antibiotika sind in den letzten Wochen deutlich schwieriger zu beschaffen. Apothekerinnen und Apotheker setzen alles daran, dass jeder Patient das Arzneimittel erhält, das er braucht. Aber es wird immer schwieriger.“

Maximilian Lernbecher, Apotheker in Dachau und stellvertretender Vorsitzender des BAV, betonte: „Leidtragende sind bei diesen Lieferengpässen vor allem die Patienten. Nicht nur, dass viele von ihnen mehrmals mit Apotheken telefonieren



und dann weite Wege bei der Rezepteinlösung in Kauf nehmen müssen – sie werden auch verunsichert, was die Arzneimittelversorgung generell in unserem Land angeht. Viele Arzneimittel sind existenziell.“

Bayerns Gesundheitsminister ergänzte: „Bei uns stehen alle Alarmsignale auf Rot, aber vom Bundesgesundheitsminister hören wir nur vage Ankündigungen hinsichtlich eines Generikagesetzes. Und das Schlimmste ist: Bundesminister Lauterbach verschärft das Problem noch! Die Maßnahmen seines GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes werden auch im Bereich der innovativen Arzneimittel am Ende zu noch mehr Verlagerung in den asiatischen Raum und andere Billiglohnländer führen. Uns droht eine Abhängigkeitsfalle. Was wir brauchen, sind wirksame Maßnahmen zur Stärkung des Arzneimittelstandorts Deutschland und eine Wiederaufnahme des Pharma-Dialogs, den die Bundesregierung hat einschlafen lassen.“

Holetschek sagte: „Bayern hat schon im letzten Jahr ein Gutachten beauftragt, das klar Handlungsfelder benennt. Ansatzpunkte sind unter anderem eine gezielte Strukturpolitik, das Setzen von Anreizen, und die Diversifizierung von Lieferketten, damit die Pharmaunternehmen Wirkstoffe von verschiedenen Herstellern beziehen können. Außerdem müssen europäische Produktionsstandorte erhalten und deren Ausbau gefördert werden, um die Lieferketten zu verkürzen. Wir müssen unsere Abhängigkeit von Ländern mit Produktionsmonopolen beenden und weniger krisenanfällige Lieferketten schaffen!“

Holetschek erklärte: „Diese Ansatzpunkte und weitere Maßnahmen soll die Pharma-Task-Force ausarbeiten. Auch der Bayerische Pharmagipfel im kommenden Frühjahr wird sich damit beschäftigen. Wir werden das Thema in die Gesundheitsministerkonferenz einbringen. Denn klar ist: Den Ländern sind in der Umsetzung leider die Hände gebunden. Der Bund und die Europäische Union sind gefordert.“